

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21  
„Tagblatthaus“

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Fernruf:

„Tagblatthaus“ Nr. 6650-51.

Von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, außer Sonntagen.

Bezugspreise für beide Ausgaben: Mt. 1.— monatlich, Mt. 2.— vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frangobrief. Mit 600 vierteljährlich durch alle deutschen Postämter ausserhalb des Reiches. — Bezugs-Beziehungen nehmen außerdem entgegen im Verlage der „Wiesbadener Tagblatt-Verlag“ 19 sowie die Buchhändler in allen Teilen der Stadt; in Berlin: die dortigen Buchhändler und in den benachbarten Städten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Verleger.



Anzeigenpreise für die Zeile: 25 Pf. für die dritte Spalte; 35 Pf. für auswärtige Anzeigen; 1.50 Pf. für die zweite Spalte; 2.50 Pf. für auswärtige Anzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme ermäßigter Preise. — Anzeigen für den morgigen Tag werden entnommen. — Für die morgige Ausgabe bis 3 Uhr nachmittags. — Für die Abends-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr nachmittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an sonntäglichen Tagen und Feiertagen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblattes: Berlin W., Potsdamer Str. 121 K. Fernsprecher: Amt Bülow 6702 und 6203.

Donnerstag, 6. Dezember 1917.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 619. • 65. Jahrgang.

## Die Wahlreformvorlage im Abgeordnetenhaus.

### Der Kampf um das preussische Wahlrecht.

Darüber kann leider kein Zweifel sein, daß die Wahlreformvorlage nicht ohne Kampf Gesetz werden wird. Aber ebensowenig darf bezweifelt werden, daß sie Gesetz werden muß.

Niemand wird es den Konservativen übel nehmen, wenn sie sich gegen eine Umschichtung wehren, bei der es um ihre Macht geht und die notwendig eine Einschränkung ihrer bisherigen, verhältnismäßig unumchränkten Herrschaft bringen muß. Sie sollten aber bedenken, daß sie nunmehr lange genug einen Einfluß gehabt haben, der, genau genommen, den ihnen zustehenden weit übersteigt hat und sie sollten fern sich fragen, ob die Zeit reif geworden ist, um in breiterem Maße das preussische Volk an der Gestaltung seines Schicksals teilnehmen zu lassen. Es geht nicht an, sich der Durchschlagskraft des Gedankens zu entziehen, daß die Männer, die während dreier langer Jahre sich dem Feind entgegenstellten, nicht noch tiefer eingeschränkt sein sollen in der Teilnahme an den wichtigsten Geschäften, ja, an dem gesamten Schicksal des Staates, den sie durch das Einleben ihres Lebens vor dem Untergang erhalten haben. Der Widerstand gegen das Kommen des gleichen Wahlrechts ist vergeblich, weil er vergeblich sein muß, weil es zu den Lebensnotwendigkeiten Preußens gehört, daß es restlos seine Volkskraft in den Dienst der Arbeit am Staate stellt. Die Konservativen sollten sich darum nicht auf ihre vaterländische Pflicht und abendlich auf das Gesetz der politischen Klugheit, Unvermeidliches nicht trotz zu ahnen, besinnen. Wir hoffen, daß sie den Verhandlungen über die Wahlreformvorlage nicht unnütze Schwierigkeiten bereiten werden, daß sie aber vor allem sich dafür bemühen, durch sorgfältige Begründungen das allgemeine Wahlrecht als eine Gefahr für Preußen und damit auch für das Reich zu verächtlichen. Es kann nicht nützlich sein, wenn die Konservativen mit Eifer die Krone gegen ein Gesetz schützen wollen für dessen Kommen sich diese selbe Krone vor ihrem Volk verkürrt hat. Und es ist ebenso unmöglich, daß die Konservativen solche Bürgschaft dadurch für einseitig ausgeben, daß sie sagen, die Einbringung der Vorlage schaffe Genüge, ihr Schicksal läge nicht in der Hand des Königs. Die Konstruktion eines derartigen Schattenkönigtums ist unerträglich. Notgedrungen würde es der Krone schwerer Abbruch tun, wollte sie sich mit dem Amt begnügen. Das ihr die Konservativen hier zumuten. Und so dürfen wir mit Bestimmtheit annehmen, daß die Krone und die leitenden Staatsmänner alles daran setzen werden, Preußen das Wahlrecht zu geben, das alle in der deutschen Sache eine Erfüllung und auch allein als eine Erfüllung der königlichen Volksworte betrachtet werden kann.

An der Erkenntnis der entwicklungs-geschichtlichen Notwendigkeit wird sich die Verabschiedung der Wahlreformvorlage so hoffen wir mit Bestimmtheit, wenn auch nicht widerstandslos, so schließlich doch als ein Erfolg vollziehen. Das eine aber sollten wir besonders die Konservativen und die Nationalliberalen, soweit diese nicht von vornherein der Vorlage zustimmen, sofort sein lassen: Wer sich dem Aufstand Kommen dieser für das Dasein Preußens lebensnotwendigen Erneuerung widersetzt, wird sich politisch ausschalten, und zwar in dem Maße, wie er das natürliche Recht seines Einflusses hätte bestreiten können, wenn er sachlich, offenwillig und zukunftsgerichtet an dem Aufkommen des neuen Wahlrechts mitgearbeitet hätte.

### Sitzungsbericht.

(Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblattes“.)

3. Berlin, 5. Dezember.

Am Regierungstisch: Ministerpräsident Graf Hertling, Dr. Friedberg und alle anderen Minister.

Präsident Graf v. Schönerer-Löwitj eröffnet die Sitzung um 11.15 Uhr und führt aus: Bei der Beratung der Wahlreform werden alle nur das eine Ziel, das Wohl des Vaterlandes im Auge haben. Ich bitte, dabei die politische Gesamtlage nicht zu vergessen. Die Wahlreform ist bei aller Wichtigkeit doch nicht die einzige, ja nicht einmal die entscheidende Schicksalsfrage des Volkes. Eine ganze Welt von Feinden wartet auch heute noch gespannt, die deutsche Kraft durch inneren Hader geschwächt zu sehen, um ihre eigene sinkende Siegeshoffnung durch unseren Zwist neu belebt zu sehen. Das Ver-

haltenbild kann also nicht ohne einen weitestgehenden Einfluß auf die Friedensbereitschaft der Feinde und die Fortdauer des Krieges sein.

### Ministerpräsident Graf v. Hertling:

Am 4. November d. J. hat mich Seine Majestät der deutsche Kaiser und König von Preußen auf die Stelle des Reichskanzlers beauftragt, und da eine Trennung der beiden Ämter sich als unzulässig herausstellte, mich im Anschluß daran auch zum Präsidenten des preussischen Staatsministeriums ernannt. Im Reichstag, dem ich mich am vorigen Donnerstag als Reichskanzler vorzustellen hatte, war ich nicht unbekannt, da ich ihm viele Jahre als Mitglied angehört hatte. Zu Ihnen dagegen, meine Herren, komme ich heute als ein völlig Fremder. Ich bin kein geborener Preuze. Ich habe zwar 15 Jahre in Preußen gelebt und auch im Jahre 1880 als außerordentlicher Professor an der Universität Bonn den Staatsbeamtenorden erhalten, bin aber schon 1882 nach München übergesiedelt, wo ich nahezu 30 Jahre als Professor an der Universität gewirkt und zuletzt, seit 1912, an der Spitze des bayerischen Staatsministeriums gestanden habe. Die Schwierigkeiten, die sich mir hieraus in meiner Stellung ergeben, habe ich vom ersten Augenblick an sehr hoch eingeschätzt. Ich habe, da der hochverdiente bisherige Vizepräsident des Staatsministeriums, der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten v. Breitenbach, gebeten hatte, ihr von den Funktionen des Vizepräsidenten zu scheiden. Seine Majestät gebeten, einen neuen Vizepräsidenten zu ernennen, der in weitem Umfang, als es bisher der Fall war, den Präsidenten zu vertreten haben wird. Und Seine Majestät hat bekanntlich durch Ernennung des Herrn Staats Dr. Fretschke zum Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums dieser Bitte entsprochen. Meinerseits kann ich nur die Versicherung geben, daß ich nach Kräften bemüht sein werde, mir das Vertrauen zu erwerben, auf welches ich bisher einen Anspruch nicht erheben kann.

Sie wissen, meine Herren, vor welcher schwierigen und bedeutungsvollen Aufgabe ich mich bei Übernahme meines Amtes sofort gestellt sah.

Es ist mir die Verpflichtung auferlegt worden, ein feierlich und zu wiederholten Malen gegebenes Abnigdwort einzulösen.

Ich werde alle meine Kräfte daran setzen, dieser Ehrenpflicht zu genügen, und ich tue es aufrichtigem Herzens. An anderer Stelle habe ich kürzlich darauf erinnert, daß der Krieg nicht nur tiefe Spuren im Volksleben hinterläßt, sondern erschreckungsgemäß auch neue Aufgaben bringt und zu Neuorientierungen hinführt. Ich befinde mich dabei in voller Übereinstimmung mit den Worten der Thronrede, durch welche am 13. Januar 1916 der Landtag der Monarchie eröffnet worden ist. Der Geist des gegenseitigen Vernehmens und Vertrauens wird auch im Frieden fortwirken in der gesamten Arbeit des ganzen Volkes am Staat. Er wird unsere öffentlichen Einrichtungen durchdringen und lebendigen Ausdruck finden in unserer Verwaltung, unserer Gesetzgebung und in der Gestaltung der Grundlagen für die Vertretungen des Volkes in den gesetzgebenden Körperschaften.

Die Ihnen vorliegenden Entwürfe bezeichnen den Weg, auf welchem diese Worte zur Tat werden sollen. Es bedeutet, wie ich vollkommen anerkenne, einen

### Wendepunkt in der inneren Geschichte Preußens.

Alter, meine Herren, eine staatsverhaltende Politik, wie ich sie durchaus vertrete, kann sich nicht darauf beschränken unter allen Umständen das Bestehende zu konservieren. Sie muß im gegebenen Maße auch mutig und entschlossen zu Änderungen die Hand bieten, wenn die Entwicklung des Volkslebens dies verlangt. Daß ein solches Vorgehen bei den Anhängern des Bestehenden schwere Verdrießen und schmerzliche Gefühle weckt, ist natürlich, und ich bitte Sie, meine Herren, zu glauben, daß ich diese Gefühle durchaus zu würdigen weiß. Ja, noch mehr, ich verheße es, wenn in diesen Kreisen das Festhalten an dem von den Vätern Überkommenen nicht eine bloße Gewissensfrage wäre, sondern sich ihnen geradezu als Gewissensfrage darstellt. Aber, meine Herren,

dieser Bewißenskampf muß durchgeleitet werden. Es läßt sich ein Wahlrecht nicht länger halten, über welches schon vor 50 Jahren kein Geringerer als Fürst Bismarck sein bekanntes Verbit' ausgedrückt hat; es läßt sich nicht mehr halten angesichts der tiefgehenden Änderungen, welche die Zusammensetzung des Volkskörpers erfahren hat.

In voller Würdigung der entgegenstehenden Bedenken und Empfindungen kann ich nur auf das nachdrücklichste betonen, daß Sie dem Vaterland einen großen Dienst leisten, wenn Sie den Vorlagen, selbstverständlich nach eingehender Prüfung die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Was die Gesetzgebung über die Zusammensetzung des Herrenhauses betrifft, so ist das Ziel, welches sie be-

folgt, das Herrenhaus nicht nur in seiner bisherigen Stellung und Bedeutung zu erhalten, sondern es fester in der Gesamtheit des Volkes zu verankern. Der alte Agrarstaat, wie er noch bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts bestand, besteht nicht mehr. Neben dem Grundbesitz sind im steigenden Maße Handel und Industrie als bestimmende Elemente im wirtschaftlichen und damit im öffentlichen Leben hinzugekommen. Es erscheint daher berechtigt, ja notwendig, die Zusammensetzung unter möglichster Schonung des Bestehenden im Sinne einer berufshändigen Vertretung neu zu ordnen, wobei auch Vertreter der ländlichen und städtischen Selbstverwaltung herangezogen werden sollen. Ich möchte nicht auf Einzelheiten eingehen, glaube aber die Hoffnung ausdrücken zu dürfen, daß der Grundgedanke des Gesetzentwurfs Ihren Beifall finden wird. Die weitere Begründung der Vorlage darf ich meinen Herren Kollegen im preussischen Staatsministerium überlassen.

Ich schließe mit dem nachmaligen Appell: Bringen Sie dem Vaterland das Opfer, wenn es ein Opfer für Sie ist, und stimmen Sie den Vorlagen zu. Sie werden dadurch das Gedeihen des Staats fördern und möglicherweise sogar zur Verhütung schwerer Verbitterung beitragen. (Beifälliger Beifall.)

### Minister des Innern Dr. Drews:

Das preussische Wahlrecht steht nicht mehr für die heutigen Verhältnisse. Die Abänderungsbedürftigkeit wurde von der überwindenden Mehrheit der Parteien und der Regierung lange anerkannt. Die soziale und die wirtschaftliche Lage und besonders die Steuerverhältnisse haben sich derart verschoben, daß das geltende Wahlrecht als eine Ungerechtigkeit empfunden wird, da es den ersten Klassen ein Übergewicht in der Vertretung verschafft hat. Der Abänderungsversuch von 1900 scheiterte. Das große Volk hat alle Volksworte ergriffen und die Wahlrechtsfrage wieder in Ruhe gebracht. Die Zeitverhältnisse verlangen gebieterisch ihre Lösung.

Die gleiche Pflichtenfüllung aller preussischen Männer dem Vaterland gegenüber in Not und Tod führte dazu, daß die Lösung der Wahlrechtsfrage nur dadurch gefunden werden kann, daß jeder Preuze bei der inneren Gestaltung des Staatwesens grundsätzlich das gleiche Recht hat.

(Beifall.) Preußen muß auf Gerechtigkeit und Recht setzen. Wenn auch solche Fragen weniger mit dem Herzen als mit dem Kopf gelöst zu werden pflegen, so müssen doch die großen letzten Ziele der großen inneren Politik auch auf ethischem Boden wurzeln. (Beifall.) Sollen Liebe, Freude und Begeisterung in der Bevölkerung zum Staat bestehen, dann kann es nur geschehen, wenn im Volk die Empfindung herrscht, daß im Staatwesen der ethische Gedanke verwirklicht wird. Das bürgerliche Wahlrecht würde sich vielleicht vom rein logischen Standpunkt das folgerichtigste Wahlrecht sein, wenn es einen untrüglichen Schlüssel gebe für Wert und Bedeutung eines jeden einzelnen Staatsbürgers. Gerade diese Voraussetzung aber fehlt. Das bürgerliche Wahlrecht ist daher für die Staatsregierung unannehmbar. Die offene oder verdeckte Abstufung nach den pekuniären Momenten ist unvereinbar mit den Forderungen der neuen Zeit. (Beifall.)

Die Forderung: gleiche Pflichten, gleiche Rechte, kann nur verwirklicht werden durch Einführung des gleichen Wahlrechts.

(Erneuter Beifall.) Dies kann nach der Auffassung der Staatsregierung nur das gleiche Wahlrecht im Sinne des Reichstagswahlrechts sein, bei dem, in örtlich begrenzten Wahlbezirken jede Stimme eines jeden Wählers das gleiche Gewicht hat, wie die Stimme eines jeden anderen Wählers. Ein Versuch, das Wahlrecht auf eine andere Basis aufzubauen, ist für die Staatsregierung gleichfalls unannehmbar, so die Wahl der Abgeordneten durch einzelne Berufsstände, weil der Interessengegenhalt der einzelnen Berufsstände für das politische Leben überhaupt verhältnismäßig werden würde.

Ich trete nachdrücklich der Auffassung entgegen, daß die Vorlage eine Belohnung an die breiten Volksmassen für die Dienste während des Krieges sei.

Eine solche Auffassung erkennt den Wert und die Bedeutung dessen, was in der Volkshöhe des Königs vom 11. Juni 1914 gedrückt war. Ebenso wenig kann die Vorlage bezwecken, durch die Demokratisierung im Ausland für uns eine günstigere Stimmung herbeizuführen, und die Feindschaft gegen uns herabzumildern. Mögen wir bei den Wahlen in Preußen ein mehr oder weniger demokratisches, konstitutionelles oder absolutes System haben, es wird für die Stellung des Auslands uns gegenüber sicherlich nicht ausschlaggebend sein. Unsere Feinde waren egoistische Hun-

desgenossen des absolutistischen Aufstands, und sie sind jetzt in Deutschland nicht wohlgeplant, nachdem es von dem absolutistischen zum freien System überzugehen im Begriff ist.

Ich fürchte nicht, daß die mit der Wahlreform verbundene Modifizierung des Abgeordnetenhauses die ruhige Weiterentwicklung des Staatslebens gefährden wird.

Nach dem Krieg werden auch bisher abseitsstehende Kreise des Volkes positiv mitschaffen an dem Ausbau und dem Wohle des Staatslebens.

Die Regierung wird und muß mit allen verfassungsmäßigen Mitteln sich dafür einsetzen, daß das gleiche Wahlrecht durchgeführt wird.

(Weisfall.) Schon oft in unserer Geschichte hat es Momente gegeben, wo ernste Männer, denen das Wohl des Vaterlandes am Herzen lag, beabsichtigte Neuerungen als grundlegend angesehen und als solche bezeichnet haben.

Unsere große Aufgabe an der Schwelle der neuen Zeit ist und muß es sein, alle Volkskräfte und alle Parteien zur positiven Mitarbeit und zur Freude am Staat heranzuziehen.

(Erfreulicher Weisfall links.) Das ist nur möglich, wenn alle Volkskräfte und alle Parteien in der gesetzlichen Vertretung durch eine Zahl von Abgeordneten vertreten sind.

er geht so ist die Regierung davon ausgegangen, daß die gegenwärtige, seit den letzten Jahren bestehende so fest in sich geschlossen ist, daß schon aus diesem Grunde ihre Weiter-

haltung zweckmäßig erscheint. Für die überbürdeten Volkskreise ist eine entsprechende Vermehrung der Zahl der Abgeordneten vorgesehen, die in Zukunft bei weiterer Vermehrung der Bevölkerung automatisch eintreten soll.

Zugleich mit der Wahlreform ist ein Gesetzentwurf über die Zusammensetzung des Herrenhauses vorgelegt worden, zugleich deshalb, weil er in der Oberkammer angefügt ist und weil beide Häuser in unserem Staatsleben eine Einheit bilden.

Die Reform beider Häuser muß also zweckmäßig gleichzeitig zur Erledigung gebracht werden.

Das Zweikammer System, das wir schon über zwei Reichensalter haben, hat sich bewährt. Der große Vorzug dieses Systems liegt darin, daß gegenüber den Beschlüssen einer aus Wahlen hervorgegangenen Körperschaft eine Nachprüfung nach anderen Gesichtspunkten und unter einem neuen Gesichtswinkel durch eine Körperschaft erfolgt.

Finanzminister v. Herzog begrüßt die vorerwähnte Erweiterung der Zuständigkeit des Herrenhauses gegenüber dem Abgeordnetenhaus bei der Haushaltsberatung.

Abg. v. Hennebrand (Kons.): Die Begründung des Ministers des Innern wendet in allgemeinen Redensarten, mit denen er auch die Einführung einer Repräsentation hätte begründen können.

Bei den Vorlagen scheinen unverantwortliche Ratgeber mitgewirkt zu haben.

Bei aller Anerkennung der Vorzüge des preussischen Wahlrechts geben wir zu, daß es erhebliche Schatten Seiten hat. Wir sind bereit, an einer Reform mitzuwirken, aber die einstimmige Auffassung der Konservativen ist, daß das gleiche Wahlrecht eine geeignete Grundlage für die Reform nicht ist.

Personen seitens Führung genommen hat, aber es ist etwas anderes, sich dem Diktum und dem Programm einer Mehrheit zu unterwerfen.

Bei der Ernennung des Grafen v. Hertling wurde die verfassungsmäßige Grundlage außer Acht gelassen, daß der Kaiser die Minister nach seinem eigenen Ermessen ernannt.

Die Minister sollen nicht einseitige Diener der Krone sein. Ihre Stellung wird herabgedrückt, wenn sie sich nicht allein von dem Vertrauen der Krone berufen fühlen.

Ministerpräsident Graf v. Hertling

führt aus: Mein Verehrter Herr v. Hennebrand erkannte an, daß mich lediglich patriotische Motive zur Amtsübernahme veranlaßten. Unter normalen Verhältnissen würde ich mich nach eigener ruhiger Überlegung zu ja oder nein entschließen haben.

Ich weise es ganz entschieden zurück, daß ich die Hand dazu bieten würde, das Ansehen der Krone herabzusetzen.

Ich habe es im Reichstag ausdrücklich ausgesprochen: An dem föderativen Charakter der Reichsverfassung, die allein der geschichtlichen Entwicklung des deutschen Volkes entspricht, darf nicht gerüttelt werden.

Alldings werde ich keinem Frieden zustimmen, der nicht eine reelle und wirkliche Sicherheit der deutschen Grenzen bringt und der eine Gefährdung des preussischen Staates mit sich brächte.

Abg. Dr. Pöschke (Dpt.):

Das Bedeutsamste an den Reden des Ministerpräsidenten und des Ministers des Innern ist die Bestimmtheit und Festigkeit, mit der sie die Notwendigkeit der inneren Umgestaltung betont haben.

(B. Fortsetzung.) Kadabra verboten.

Lebensabschnitte.

Novelle von Gisella Gräfin Niemannsberg (Wiesbaden).

„Das ganze Getue war ja nur Theater, weil sie neben ihm sitzen wollte“ sagte sich Ida bitter.

Randolf drehte sich ein paarmal um und wollte sich mit ihr unterhalten.

Als man das Endziel, ein ziemlich weit abgelegenes Försterehaus, erreicht hatte, wo man Kaffee trinken sollte, gab es misshagende Gesichter.

„Du kannst ja mit Arma eine Entdeckungstour machen, ich bleibe hier“ entschied Ida.

„Bitte, laßt euch Zeit“, entgegnete Ida kühl.

„Bitte, laßt euch Zeit“, entgegnete Ida kühl.

Arma war ganz bestürzt, als sie hörte, daß Ida fortgegangen sei.

Ida ging aufgeregt rasch voraus und hatte das dumpe Vernehmte, sich nicht recht zu benehmen.

„Wenn ich doch nur schlafen könnte, so wie früher, ruhig, fast traumlos, ohne Unterbrechung.“

Neiten anfangen, dabei kann man sich so schön austoben und gesund milde machen.

Ein leises Surren kündigte das Herannahen des Autos an und Ida verlangsamte ihren Schritt.

Um sieben Uhr schon hatte sich Ida für den nächsten Morgen ihr Pferd bestellt.

(Fortsetzung folgt.)

Sinnspruch.

Wer den guten Namen mir entwendet, der raubt mir das, was ich nicht selber mach, mich aber bettelarm. Chateaubriand.







Brennstoffverteilung.

Die Kohlenhandlung Beder, Röderstraße 11, ist vom Kohlenhandel zurückgetreten. Die bei derselben zugelassenen Kunden werden ersucht, sich in der Zeit von Donnerstag, den 6. bis einschließlich Samstag, den 8. d. M., zwecks Wahl eines anderen Kohlenhändlers im Zimmer 49 des ehemaligen Museums zu melden...

Verteilung von Seemuscheln.

In den zum Verkauf von Konsumfischen zugelassenen Geschäften werden von Donnerstag ab frische Seemuscheln zum Preise von 15 Pf. das Pfund an hiesige Einwohner abgegeben.

Volkszählung am 5. Dezember 1917.

Der Bundesrat hat durch Verordnung vom 18. Oktober 1917 angeordnet, daß wie im Vorjahre auch in diesem Jahre am 5. Dezember eine Volkszählung stattfinden soll. Diese Zählung soll eine neue Grundlage für die Lebensmittelverteilung schaffen und muß deshalb von der Bevölkerung in ihrem eigenen Interesse mit größter Sorgfalt ausgeführt werden.

Die Durchführung der Zählung geschieht ehrenamtlich durch die staatlichen und städtischen Schulen. Die Einwohner sollen bitten, den Häusern ihre Aufgabe nach Möglichkeit zu erleichtern, insbesondere weisen wir auf die Verpflichtung der Hausbesitzer hin, die für ihre Mieter bestimmten Papiere entgegenzunehmen, auszugeben und wieder einzusammeln...

Haus- und Grundbesitzer-Verein. G. V.

Die tagungsgemäße ordentliche Mitgliederversammlung findet am Freitag, den 7. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im kleinen Saal der „Warburg“ statt.

- Tagungsordnung:
1. Bericht über das Vereinsjahr 1916/17.
2. Bericht der Rechnungsprüfungskommission für die Prüfung der Jahresrechnung 1916/17.
3. Wahl einer Kommission für die Prüfung der Jahresrechnung 1917/18.
4. Rechnungsübersicht für das Rechnungsjahr 1917/18.
5. Festsetzung der Mitgliederbeiträge für 1917/18.
6. Ergänzungswahl des Vorstandes an Stelle der scheidenden Mitglieder.
7. Wahl der Vorstandsmitglieder.
8. Sonstige wichtige Vereinsangelegenheiten.

Das Schönste der Mode liefert stets bei mäßigen Preisen und erstklassiger Ausführung.

P. Alt, Damenschneider Am Römertor 7.

Heringsrogen Vollwertiger Ersatz für Salzheringe per Pfd. Mk. 1.40 in

Frickel's Fischhallen Grabenstrasse 16 — Bleichstrasse 26 Kirchgasse 7.

Emaille-Haushaltungswaren zurückgefordert das Pfund 1.50 u. 1.80 noch abzugeben

Wismarstr. 2.

Weihnachts-Geschenke in Möbeln.

Ein besseres Speisezimmer, eine bessere Mahagoni- u. Birken-Priservollte, mehrere nuß- u. eichene Umbauten, Bluränder, Nahtische, Teetische, Kinderbettstelle, weiß-lackierter Damenschreibtisch, polierte runde Tische, Nuß- u. Mahag.-Salonstühle, Salonstühle, bester Bilder, Spiegel, bessere Luster usw. billig abzugeben. Anton Maurer, Möbelgeschäft, Bleichstr. 34.

Solange Vorrat vorhanden, liefert Brennholz

Waggonladungen ab Station Bahn-Wehen, Eichen u. Buchen gemischt, ca. 20 cm lang geschnitten per Rentner 3 l. 6.—

An die Haushaltungsvorstände Wiesbadens!

Vergesst die Sammellisten des Kaiser- und Volksdank nicht!

Kaiser- und Volksdank Weihnachtsgabe 1917.

Infolge rechtzeitigen grossen Einkaufs bin ich trotz Beschlagnahme des Leders jetzt noch in der Lage, eine tadellose, preiswerte, reichhaltige Auswahl in Lederwaren (keine Ersatzstoffe) anzubieten und bitte um Beachtung meiner Auslagen in der Wilhelmstrasse 52, und Ecke Gr. Burgstrasse.

Es empfiehlt sich Weihnachtsbedarf in Damen-, Papiergeld-, Brief-, Zigarren- u. Zigarettenaschen, sowie Schreibmappen schon jetzt zu decken

Eickmeyer Nachfolger. Grosse Auswahl! Ohne Benugscheine. Beste Ware! Fernsprecher 3845.

Zahn-Praxis Gertrude Benkendorff

Gewissenhafte Behandlung aller Zahnkrankheiten. Goldgasse 19, Ecke Langgasse.

No Wein. Ein Bierstüdt 1917er Natur-Riesheimer preiswert abzugeben.

Wachstuche neu eingetroffen, empf. Saumänder u. Co., Langgasse 12, 1142

Wafulatur zu haben bei Steinle, Nambach, Kirchgasse 3.

Buchen-, Eichen- und Kiefern-brennholz auf Ctenlänge geschnitten, wagenweise abzugeben.

C. Stoll, 33 Dellmündstrasse 33.

Brennholz u. Anzündholz liefert frei Haus

W. Mail Wwe., Wiesbaden, Schwalbacher Straße 2. Telefon 84.

Buchen-Holz, 0,25 Mtr. lang geschnitten, gepasteten Str. 7 Markt

Friedrich Zander, Weidstr. 44. Tel. 1048.

Sägemehl hat abg. August Rovy II., Dörfelstr. 13.

Versteigerung von Herrschafts-Mobiliar, Delgemälden etc.

Am Auftrage der Erben des + Rentners Gustav Walter versteigere ich am Montag, den 10., und Dienstag, den 11. Dezember d., jeweils morgens 9 1/2 u. nachmittags 2 1/2 Uhr beginnend, in der Villa

12 Humboldtstraße 12 zu Wiesbaden

das gesamte herrschaftliche unterhaltene Mobiliar aus 8 Zimmern, Küche und Nebengelassen, freiwillig meistbietend gegen Barzahlung. Zum Ausgebot kommen: 2 Eichen-Speisezimmer-Einrichtungen, 1 Eichen-Herrenzimmer-Einrichtung mit Leder-Sofa und Klubsessel, 1 Salon-Einrichtung, Empire, 2 Mahag.-Schlafzimmer-Einrichtungen mit Messingbetten, Wohn- und Treibzimmer-Einrichtungen, großer Florentiner-Spiegel u. Plumentisch, reich geschnitten u. vergoldet, 2 große Goldspiegel mit Kränzen, Perlen-, Smaragd- und andere Teppiche, Läufer, Vorläufer, Portieren, Gardinen, Herren- und Damenmantel (Kost mit Verschleissfragen), alle Arten elektrischer Luster und Beleuchtungsgegenstände, Uhren aller Art.

Delgemälde (23 Stück) von Rembrandt, Roubremann, Veradem, Joh. Ver. K. Ross, Hartung, F. Gerners, H. Lüders, K. Norwin, Morel, Bourbus, Rifatowski usw., Silberfächer, Glas, Kristall, Porzellan, Gebrauchsgüter, Kunst- und Luxusgegenstände aller Art, Bücher, Karten- und Ballonmöbel, Eichen-Mureauversteher, Küchen-Einrichtung und noch vieles Andere.

Besichtigung: Samstag, den 8. Dezember, von 9-1 u. 3-6 Uhr, Sonntag, den 9. Dez., von 9-1. Die Delgemälde kommen Dienstag, 11. Dezember, vormittags 10 1/2 Uhr, zum Ausgebot.

Wilhelm Helfrich, Auktionator und beeidigter Taxator.

Tel. 2941. — Wiesbaden, Schwalbacher Straße 23.

Montag abend, den 3. Dezember entliehst mein lieber, guter Mann, unser guter, treuer, junger Vater, Großvater, Uro-großvater, Schwager und Onkel

Ludwig Koller Schuhmachermeister im Alter von 86 Jahren.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: Frau Christine Koller. Wiesbaden, Mauerg. 8, den 6. Dez. 1917. Die Beerdigung findet statt Donnerstag nachm. 3 Uhr von der Leichenhalle des Südfriedhofs aus.

Fritz Lehmann, Juwelier, Kirchgasse 70 neben Thalia-Theater.

Fernruf 2327. Fernruf 2327. Grosse Auswahl in Juwelen. Viele Gelegenheitskäufe. Die reell billigen Preise sind in meinen Schaufenstern offen ersichtlich. Ankauf von Brillanten.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Gestern abend verschied infolge eines Schlaganfalles mein lieber, guter Mann

Bruno Lohse.

In tiefem Schmerz: Anna Lohse, geb. Schick. Wiesbaden, 5. Dezember 1917. Schornhorststraße 42. Die Beerdigung findet am Samstag, den 8. Dezember, nachmittags 3 Uhr, auf dem Südfriedhof statt.

Statt besonderer Anzeige.

Mein heißgeliebter, unvergesslicher Bruder, unser innigstgeliebter, herzensguter

Paul Wollweber

ist wohlverlesen mit den heil. Sterbesakramenten, sanft im Herrn entschlafen. Im Namen der tieftrauernd Hinterbliebenen: In tiefstem Schmerz Willy Wollweber Elisabeth Praetorius. Wiesbaden, 3. Dezember 1917. Rell. Friedrich-Ring 84. Die Beisetzung findet in aller Stille statt. Beileidsbekunde dankend verbeten. — Das feierliche Requiem findet Freitag, 7. Dez., um 8 Uhr in der Dreifaltigkeitskirche statt.

Statt besonderer Anzeige.

Heute verschied nach schwerer Krankheit meine liebe herzensgute Schwester

Fräulein Maria Schulemann Lehrerin

im Alter von 89 Jahren. Engelbert Schulemann. Wiesbaden, den 3. Dezember 1917. Das Seelenamt wird am Donnerstag, den 6. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr, in der Bonifaziuskirche gehalten. Die Beisetzung findet in aller Stille statt.

Nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, verschied Montag nachm. 1 1/2 Uhr unsere gute Schwester, Enkelin und Nichte

Erna im blühenden Alter von 18 Jahren.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen: Karl Schäfer, Bildhauer, z. Bl. i. Felde, und Frau Ernestine, geb. Friedl, Karl Schäfer, z. Bl. im Lazarett, Luise und Erich Schäfer. Wiesbaden, den 6. Dezember 1917. Hauptstraße 5. Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Südfriedhofes aus statt.